

Parteisekretär nach dessen Sturz im Oktober aus ihren Wahlüberlegungen streichen mußten, tröstete der damalige CDU-Bundestagsabgeordnete Matthias Hoogen sich und die Seinen: „Wir haben ja noch die Queen.“

Der im Kabinett beschlossene Ansturm der Bonner Königstreuen drohte den Berliner Brandt, vollends der reisenden Monarchin zu entrücken. Da die Staats-Limousine des Senats, ein Mercedes 300, bei der Stadtrundfahrt nur Raum für Königin, Kanzler, Prinzgemahl und Fahrer haben würde, hätte der Regierende Bürgermeister im zweiten Wagen hinterdreinfahren müssen. Daraufhin entschloß man sich in Berlin, einen „Mercedes 600 lang“ zu mieten — mit bis zu acht Sitzplätzen.

In Deutschlands geräumigstem Auto kann auch Willy Brandt noch einen Platz an der Sonne finden.

BERLIN-SCHIKANEN

In geeigneter Form

Mit dröhnenden Motoren zwängte sich der amerikanische Militärkonvoi an den seit Stunden wartenden, kilometerlangen deutschen Autoschlangen vorbei auf die Zonengrenze bei Helmstedt zu.

Am Sonnabend vor der stillen Osterwoche, als die Berliner Sitzungstage des Bundestages zu Ende waren, die Verkehrsschikanen auf der Autobahn nach Berlin wegen kombinierter Sowjet- und DDR-Truppenübungen aber noch anhielten, rollte die mächtigste Schutzmacht West-Berlins in Richtung Zonengrenze.

In den Tagen zuvor hatten die Amerikaner schon kleinere Lkw-Gruppen über die Autobahn Berlin-Helmstedt geschickt, die — zum Teil mit Verzögerungen — durchkamen. Jetzt rückten zum erstenmal bewaffnete Truppen an.

Die amerikanischen Berlin-Schützer wurden von den Russen mit beflissener Eile abgefertigt. Unmittelbar danach befahlen die Sowjets das Ende der östlichen Militärmanöver. Auch die Verkehrssperren wurden aufgehoben — einen Tag früher, als von Pankow angekündigt worden war.

Seither ist Ost- und Westdeutschen klar, wie weit die jeweiligen großen Verbündeten sich in Sachen Berlin einspannen lassen.

Vor der Bonner Berlin-Woche hatte das SED-Politbüro den sowjetischen Genossen einen Schikanen-Wunschzettel vorgelegt. Ost-Berlin wollte

- ▷ den Bundestagsabgeordneten den Landweg durch die DDR verlegen,
- ▷ für den gesamten Personenverkehr nach West-Berlin zu Lande Transitvisa einführen (als Dauer-Einrichtung),
- ▷ die Berliner Verwandtenbesuche im Rahmen des Passierscheinabkommens stoppen,
- ▷ Rentnerfahrten in die Bundesrepublik hinfert verbieten.

Ulbrichts Absicht, die Berlin-Tage in dieser Weise zu dramatisieren, stieß jedoch auf sowjetische Unlust. Seit langem beobachten die DDR-Diplomaten in Moskau und anderen Hauptstädten des Ostblocks wachsende Berlin-Müdigkeit.

Polen, Ungarn, Rumänen und Bulgaren haben in Handelsabkommen mit der

Bundesrepublik West-Berlin als Bestandteil des „Währungsgebietes DM-West“ anerkannt, und auch die Tschechen wären dazu bereit, wenn die Bundesrepublik dafür das Münchner Abkommen von 1938 für null und nichtig erklärte (siehe Seite 104).

Vergeblich versuchte die DDR-Delegation unter Ulbrichts Leitung, in das Kommuniqué der Januar-Tagung des Warschauer Paktes einen Passus über das gefährliche West-Berlin-Problem einzufügen. Die Genossen machten nicht mit und übergaben Ulbrichts Wünsche.

Der sowjetische Ministerpräsident Kossygin weigerte sich sogar, nach seinem Besuch auf der Leipziger Messe auf einer Ost-Berliner Massenkundgebung über das West-Berlin-Problem zu sprechen.

Der Bonner Ausflug an die Spree schien den Ulbricht-Leuten der rechte Anlaß, die Moskauer Verbündeten wieder auf schärferen Berlin-Kurs zu bringen.

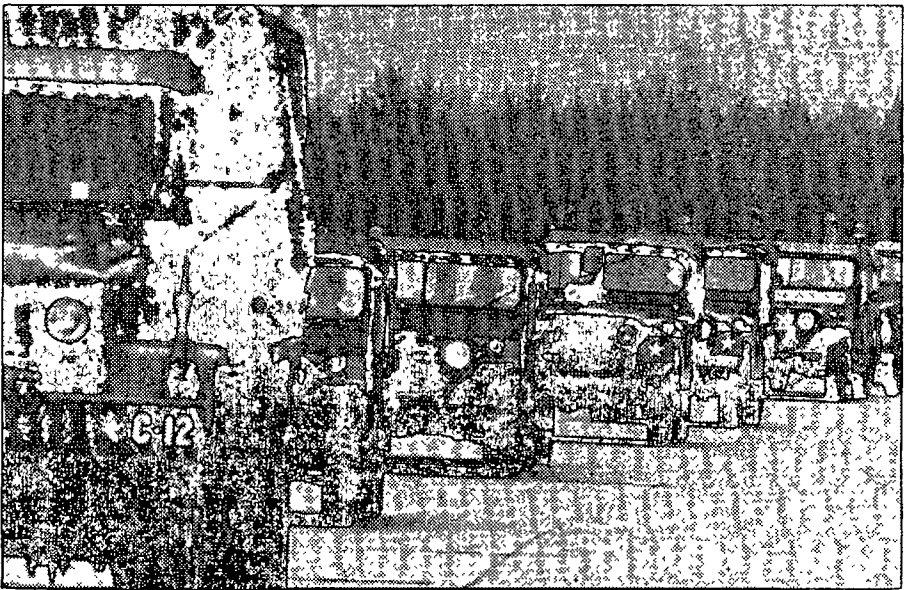
Das SED-Politbüro rechnete sich aus, daß es dem Kreml schwerfallen müsse, die DDR-Vorschläge rundweg abzulehnen. Doch diese Rechnung Ost-Berlins ging nur zur Hälfte auf. Die Sowjets machten Bedenken gegen die Ein-

die Übungen — ohne polnische Beteiligung — in den Raum westlich Berlins, um so einen Vorwand für Verkehrsschikanen zu haben, ohne sie ausdrücklich mit der Berliner Bundestagsitzung begründen zu müssen.

Dabei bedingten sich die Sowjets allerdings aus, daß im Bereich der Luftkorridore und über Berlin nur sowjetische und keine DDR-Flugzeuge manövrieren sollten. Auch sonst behielten die Sowjets die Luft-Schikanen unter ihrer Kontrolle. Westalliierte Flugzeuge wurden aufgefordert, in den Luftkorridoren nicht wie sonst in Höhen bis zu 3000 Meter, sondern nur bis zu 2000 Meter zu fliegen. Amerikanische Militärmaschinen ignorierten diese Beschränkung; die Sowjets nahmen es stillschweigend hin.

Für die Zukunft haben die SED-Politbürokraten mit den Sowjets feste Spielregeln abgemacht. Über deren angeblichen Inhalt ließen sie drohende Informationen nach West-Berlin sickern:

- ▷ Bei neuen Berlin-Sitzungen der Bonner Legislative und Exekutive — also des Bundestagsplenums, des Bundesrats oder des Bundeskabinetts — sollen Berlin-Reisende wieder schikaniert und außerdem Transitvisa für die Reise von West-



US-Militärkonvoi auf der Autobahn nach Berlin: Von Russen beflissen abgefertigt

führung von Transitvisa geltend. Sie empfahlen, die Berliner Verwandtenbesuche und Ostrentnerreisen nicht zu unterbinden. Dafür akzeptierten sie die Autobahnsperre für Bundestagsabgeordnete während der Berliner Sitzungswoche.

Außerdem stimmten die Sowjets dem Plan zu, den Berlin-Verkehr durch Manöver zu behindern. Begünstigt wurde Ulbrichts Absicht dadurch, daß während der Berliner Bundestags-Woche kombinierte Manöver sowjetischer, polnischer und mitteldeutscher Truppen angesetzt waren. Freilich sollten diese Übungen ursprünglich im Raum Frankfurt/Oder stattfinden — als Begleitmusik zur Unterzeichnung des neuen sowjetisch-polnischen Freundschaftsvertrages.

Mit Moskauer Billigung verlegte der „Nationale Verteidigungsrat der DDR“

deutschland nach West-Berlin eingeführt werden.

- ▷ Gegen West-Berliner Aufenthalte des Bundespräsidenten, gegen einzelne Sitzungen von Parlamentsausschüssen und gegen Tagungen der Bundesversammlung, die alle fünf Jahre den Bundespräsidenten wählt, sollen nur verbale Proteste vorgebracht werden.

Während der Luftverkehr in allen Fällen unberührt bleiben soll, behält sich die SED dagegen vor, die Verwandtenbesuche von West- nach Ost-Berlin zu stoppen.

Bei Verhandlungen über ein neues Passierscheinabkommen, die nach Pfingsten anstehen, soll der Berliner Senat aufgefordert werden, sich von den Bonner Exkursionen nach West-Berlin „in geeigneter Form“ zu distanzieren.